

UN-BASIS-INFORMATIONEN 48

Klimaschutz und die Vereinten Nationen

Zwei ist die wichtigste Zahl der internationalen Klimaforschung und Klimadebatte. Wenn die globalen Durchschnittstemperaturen um mehr als zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit steigen, sind unumkehrbare Prozesse des Klimawandels zu erwarten. Angesichts der Befürchtungen, dass die globale Erwärmung am Ende dieses Jahrhunderts vier Grad oder mehr erreichen könnte, bemühen sich die Vereinten Nationen intensiv um eine wirkungsvolle internationale Klimapolitik. Das wichtigste Instrument dabei sind internationale Vereinbarungen zum Klimaschutz, über die bei den UN-Klimakonferenzen verhandelt wird. Die zweite Säule des Klimaengagements ist die Beratung und Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Maßnahmen zur Begrenzung klimaschädlicher Emissionen und bei Anpassungsmaßnahmen an unabwendbare Folgen des Klimawandels.

Zahlreiche Studien aus aller Welt belegen eindrucksvoll und erschreckend: Der globale Klimawandel hat bereits eingesetzt, und er zeigt sich gerade in den Entwicklungsländern mit teils verheerender Wirkung, also dort, wo die Menschen am wenigsten zu den klimaschädlichen

Emissionen beigetragen haben. In verschiedenen Regionen Afrikas nehmen die durchschnittlichen Niederschläge ab, die Regenzeiten sind unvorhersehbarer geworden, und wenn es regnet, geschieht dies häufiger so heftig, dass der fruchtbare Boden weggeschwemmt wird.

In Lateinamerika bereitet den Menschen Sorge, dass die Gletscher der Anden rasch schmelzen, die bisher eine unverzichtbare Bedeutung für eine regelmäßige Versorgung von Flüssen, Pflanzen und Menschen mit ausreichend Wasser haben. Ähnliche Sorgen bestehen in den Regionen Asiens, deren Flüsse vom Gletscherwasser des Himalaja gespeist werden.

Die tief gelegenen asiatischen Küstenstaaten wie Bangladesch erleben bereits, wie die Meeresspiegel steigen und gleichzeitig die Zahl und Heftigkeit von Taifunen und anderen Stürmen zunehmen. Ähnliche Erfahrungen machen auch die kleinen Inselstaaten im Südpazifik und in der Karibik. Die weltweite Landwirtschaft trägt einerseits erheblich zu den klimaschädlichen Emissionen bei; andererseits ist sie stark von den Folgen des Klimawandels wie Hitzewellen, lange Dürrezeiten und Flutkatastrophen betroffen. Der von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO befürchtete Rückgang der globalen Ernteerträge wird vor allem jene Menschen treffen, die schon heute unter Hunger leiden oder die einen immer höheren Anteil ihrer kargen Einkünfte aufwenden müssen, um Nahrungsmittel zu kaufen.



Ein heftiger Monsun löste im Juli 2011 eine Flutkatastrophe in Bangladesch aus, eine von vielen Folgen des globalen Klimawandels. Foto: IRIN/Ahmed Orko Nur

Inhalt

Die ersten UN-Klimakonferenzen . . .	3
Die Weltklimakonferenz 2009 in Genf	6
Schwerer Rückschlag – die UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen.	6
Kleine Fortschritte – die UN-Klimakonferenz 2010 in Cancún	7
Historischer Meilenstein? – die UN-Klimakonferenz 2011 in Durban	8
Einigung in Details – die UN-Klimakonferenz 2012 in Doha	8
UN-Klimapolitik – mühsam, aber unverzichtbar	8
Das Klimaengagement der Vereinten Nationen	10
UN-Sonderberichterstatte im Klimabereich	16

Klimarahmenkonvention UNFCCC

Die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Klimarahmenkonvention (UNFCCC) trat 1994 in Kraft. Der Konvention sind mittlerweile 195 Staaten beigetreten, die sich damit auf das Ziel verpflichtet haben, eine Minderung der menschlichen Einflüsse auf das Klima, eine Verlangsamung der globalen Erwärmung und eine Verminderung der Klimafolgen zu erreichen. In Artikel 2 der Konvention wird formuliert: „Das Endziel dieses Übereinkommens (...) ist es, (...) die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene [d. h. vom Menschen verursachte, Anm. d. Red.] Störung des Klimasystems verhindert wird.“ Das Abkommen definiert nicht, was eine „gefährliche“ Störung des Klimasystems ist. Doch die Klimawissenschaft und viele Staaten (darunter jene der Europäischen Union) sind der Überzeugung, dass gefährliche Störungen eintreten, sollte es nicht gelingen, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Diese Auffassung ist durch die Beschlüsse der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 bestätigt worden. Einige Staaten, darunter vor allem die kleinen Inselstaaten, die vom Meeresspiegelanstieg betroffen sind, plädieren für das Ziel einer Begrenzung des Anstiegs auf 1,5 Grad, aber darauf konnten sich die UNFCCC-Mitgliedstaaten bislang nicht einigen.

Um das Ziel der Klimarahmenkonvention zu erreichen, haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, in regelmäßigen Ab-



Christina Figueres steht als Exekutivsekretärin an der Spitze des Sekretariats der Klimarahmenkonvention UNFCCC. Sie ist u. a. für die Vorbereitung der UN-Klimakonferenzen verantwortlich.

Foto: UN Photo/JC McIlwaine

ständen über den Stand ihrer Treibhausgasemissionen zu berichten und Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Dabei wird in Artikel 3 von „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ der Staaten gesprochen. Diese Formulierung wird immer wieder gerne von Entwicklungs- und Schwellenländern aufgegriffen, um die besondere Verantwortung und die Verpflichtungen

der Industrieländer hervorzuheben. Die Industrieländer (die 40 sogenannten „Annex-I-Staaten“), die die Hauptverantwortung für den globalen Klimawandel tragen, haben eine besondere Verantwortung, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren und den Entwicklungsländern (den „Nicht-Annex-I-Staaten“) zu helfen, mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden. Die Entwicklungsländer sollen sich freiwillig ebenfalls um Maßnahmen zum Klimaschutz bemühen und hierfür finanzielle und technische Unterstützung aus den Industrieländern erhalten. Als wichtigstes Ergebnis der Verhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention haben sich zahlreiche Industrieländer im sogenannten Kyoto-Protokoll (siehe Kasten) verpflichtet, ihre Emissionen zu vermindern und die Entwicklungsländer bei ihrer Klimapolitik zu unterstützen. Angesichts der stark steigenden klimaschädlichen Emissionen von Schwellenländern wie China und Indien wird seit einigen Jahren kontrovers diskutiert, welche verbindlichen Verpflichtungen diese Länder übernehmen sollen.

Die Klimathematik wird in der Konvention eng mit dem Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften verknüpft: „Die Vertragsparteien sollen zusammenarbeiten, um ein tragfähiges und offenes internationales Wirtschaftssystem zu fördern, das zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung“ führt, heißt es in Artikel 3. Wenn gegenwärtig das UN-Umweltprogramm UNEP die enge Verbindung von „grüner Wirtschaft“ und Klimaschutz betont, werden damit also Ziele der Konvention fortgeführt und angepasst.

Die Klimarahmenkonvention wurde von Beginn an als Ausgangspunkt für weitere internationale Klimamaßnahmen verstanden. Um diesen Prozess fortzuführen, werden jährlich Vertragsstaatenkonferenzen (Conferences of the Parties – COP) abgehalten, auf denen weitergehende Beschlüsse gefasst werden können. Sie werden auch als UN-Klimakonferenzen bezeichnet. Beschlüsse sind nur einstimmig möglich. Daneben gibt es zwei Nebenorgane der Klimarahmenkonvention – eines für wissenschaftliche und technische Fragen und eines für Fragen der Umsetzung. Beide Nebenorgane führen jedes Jahr eine Tagung während der Vertragsstaatenkonferenzen und zusätzlich eine weitere Tagung in Bonn durch.

Die Vertragsstaaten haben ein ständiges Sekretariat für die Umsetzung der Vereinbarungen der Klimarahmenkonvention eingesetzt. Dieses „UN-Klimasekretariat“, wie es häufig genannt wird, hat seinen Sitz in Bonn.

Der globale Klimawandel hat längst auch die westlichen Industrieländer, die Hauptverursacher der klimaschädlichen Emissionen, erreicht. So ist zum Beispiel eine Expertenkommission des Schweizer Nationalrates zum Ergebnis gekommen, dass die Gletscherfläche des Landes bis 2050 um drei Viertel abnehmen und bis zum Ende des Jahrhunderts ganz verschwunden sein wird.

Die Dürrekatastrophe in den USA im Sommer 2012 war selbst für viele Amerikaner eine Warnung, die bisher den Klimawandel und seine Folgen ignoriert oder abgestritten hatten. Nicht jede Naturkatastrophe ist ein Beweis für den Klimawandel, aber die Häufung solcher Katastrophen stellt eine eindeutige Warnung dar. Dass nach Berechnungen der Weltorganisation für Meteorologie die weltweite Durchschnittstemperatur im Jahr 2012 um 0,45 Grad Celsius über dem Mittel



UN-Klimakonferenzen wie hier in Kopenhagen 2009 sind zu Treffen von Tausenden Regierungsvertretern, Beratern, Wissenschaftlern, Umweltschützern und Medienvertretern geworden. Das erschwert Entscheidungsprozesse und macht es notwendig zu versuchen, die Ergebnisse schon Monate vorher in mühsamen Verhandlungsprozessen vorzubereiten. Foto: UN Photo/Mark Garten

von 1961 bis 1990 lag, ist ein weiteres Anzeichen für die Dramatik des einsetzenden Klimawandels.

Problematisch ist die exzessive Nutzung fossiler Energiequellen in fast allen Ländern der Welt. War vor einigen Jahren noch die Hauptbefürchtung, dass die weltweiten Vorräte an Öl, Gas und Kohle bald zur Neige gehen würden, so werden inzwischen die Warnungen ernster genommen, dass die bekannten Vorräte nur noch zum kleineren Teil genutzt werden dürfen, will man unumkehrbare Klimaveränderungen vermeiden.

Die allermeisten Klimaforscher auf der Welt befürchten, dass die „Kippelemente des Weltklimas“ bald wirksam werden, also unumkehrbare Prozesse der globalen Klimaänderung einsetzen. Darüberhinaus haben Wissenschaftler der University of Reading (Großbritannien) errechnet, dass sich eine konsequente Klimapolitik auch finanziell auszahlt. Wenn es gelingt, den globalen Temperaturanstieg auf zwei statt

vier Grad Celsius zu begrenzen, ließe sich bis zum Jahr 2100 das Absinken der Ernteträge vermindern. Auch steigen die Meeresspiegel dann um nicht mehr als 30 Zentimeter statt um bis zu 55 Zentimeter, wie befürchtet wird – für Bangladesch und für Atolle im Südpazifik kann das der Unterschied zwischen Untergang und Überleben sein.

Angesichts solcher Erkenntnisse setzen sich weitsichtige und verantwortungsbewusste Regierungen, Klimawissenschaftler sowie Umwelt- und Klimaschutzorganisationen für konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz sowohl auf internationaler als auch auf nationaler und lokaler Ebene ein. Seit Ende der 1970er Jahre haben die Vereinten Nationen und ihre vielfältigen Organisationen und Programme eine wichtige Rolle beim Schutz des Planeten vor unkontrollierbaren Klimaveränderungen übernommen.



Über 4000 Medienvertreter berichteten über die UN-Klimakonferenz 1997 in Kyoto. Dies war ein Zeichen für das wachsende internationale Interesse an Klimathemen und an der internationalen Klimapolitik. Foto: UN Photo/Frank Leather

Die ersten UN-Klimakonferenzen

Meilensteine für den internationalen Klimaschutz waren die beiden ersten Klimakonferenzen der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) 1979 und 1990 in Genf. Sie ebneten den Weg für die Gründung des Weltklimarates IPCC und für die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC). Daraus entstand eine feste Struktur des UN-Klimaengagements. Die WMO und ihre Mitglieder erfassen und analysieren Klimaveränderungen. Die IPCC-Wissenschaftler legen mit ihren Berichten zu den aktuellen Erkenntnissen und Prognosen der weltweiten Klimaforschung die Grundlage dafür, dass bei den im Rahmen der UNFCCC durchgeführten Konferenzen über eine internationale Klimapolitik entschieden werden kann. Eine ganze Reihe von UN-Organisationen und -Programmen trägt dazu bei, dass auch wirtschaftlich arme Länder Maßnahmen

Das Kyoto-Protokoll ist die erste und bisher einzige internationale Vereinbarung, in der Industrieländer sich rechtlich verbindlich zur Minderung klimaschädlicher Emissionen verpflichtet haben. Das Protokoll wurde im Jahr 1997 auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto verabschiedet. Es ist am 16. Februar 2005 in Kraft getreten und wurde mittlerweile von 191 Staaten, darunter allen EU-Staaten, ratifiziert, nicht jedoch von den USA.

Im Kyoto-Protokoll ist festgelegt, dass die Industrieländer insgesamt ihre Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase bis 2012 um mindestens fünf Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 vermindern müssen. Die einzelnen Industrieländer gingen unterschiedlich hohe Verpflichtungen ein. Japan zum Beispiel verpflichtete sich auf sechs Prozent. Die EU sagte insgesamt acht Prozent zu, wobei die einzelnen Mitgliedsländer (insgesamt waren es damals 15) unterschiedlich hohe Verpflichtungen übernahmen. Die Industrieländer, die Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangen sind, haben das Reduktionsziel von insgesamt fünf Prozent übertroffen. Dennoch sind die globalen klimaschädlichen Emissionen seit Inkrafttreten des Protokolls weiter gestiegen. Die inzwischen auf 28 Staaten angewachsene EU hat die klimaschädlichen Emissionen etwa doppelt so stark wie zugesagt vermindert. Dieser Erfolg ist größtenteils dem Umstand geschuldet, dass besonders klimaschädliche Industriebetriebe in Ostdeutschland und Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Produktion eingestellt haben.



Die UN-Klimakonferenz in Kyoto im Jahr 1997 ist vor allem durch die Vereinbarung des gleichnamigen Protokolls in die Geschichte der internationalen Klimapolitik eingegangen. Foto: UN Photo/Frank Leather

Im Kyoto-Protokoll sind **drei Mechanismen** vorgesehen, die den Industrieländern dabei helfen sollen, ihre Klimaverpflichtungen zu erfüllen:

1 Der „**Emissionshandel**“ ermöglicht es Industrieländern, Emissionsrechte untereinander zu handeln. Wenn ein Land über mehr Emissionsrechte verfügt, als es ausschöpft, kann es die überschüssi-

gen Rechte an ein Land verkaufen, das zusätzliche Emissionsrechte benötigt, um seine Klimaverpflichtungen einzuhalten. Die EU führte einen internen Emissionshandel ein, durch den schadstoffintensive Unternehmen eine begrenzte Zahl von Emissionszertifikaten erhielten. Nicht benötigte Zertifikate können von Unternehmen erworben werden, deren Emissionen höher sind, als die ihnen zugeteilten Zertifikate es zulassen. Als Problem sowohl im EU-internen als auch im internationalen Emissionshandel erwies sich in den letzten Jahren, dass das Angebot die Nachfrage deutlich überstieg, sodass der Preis für die Zertifikate stark zurückging. Allein von 2011 bis Anfang 2013 sank der Preis in Europa auf etwa ein Fünftel. Damit ist die Klimaschutzfunktion dieses Mechanismus als sehr gering anzusehen. Auch fehlen nun eingeplante Mittel aus dem Verkauf von Emissionsrechten für den Klimaschutz und die Energiewende.

2 Der zweite Mechanismus trägt die Bezeichnung „**Joint Implementation**“ (Gemeinsame Umsetzung). Er besteht darin, dass ein Industrieland in einem anderen Industrieland emissionsreduzierende Maßnahmen finanziert. Das Land, das die Maßnahmen fördert, hat Anspruch darauf, sich die Emissionsreduzierungen anrechnen zu lassen. Eine Wirkung dieses Mechanismus besteht darin, dass Investitionen vorzugsweise dort erfolgen, wo Emissionsreduzierungen am kostengünstigsten sind.

3 Der dritte Mechanismus ist der „**Clean Development Mechanism**“ (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung). Dabei werden von einem Industrieland Projekte finanziert und in einem Entwicklungsland verwirklicht. CDM-Projekte sind ein Instrument, um Klimavorhaben im Süden der Welt zu ermöglichen und dafür als Anreiz den Industrieländern zu gestatten, ihre Emissionsziele auch bei geringeren Reduzierungen im eigenen Land zu erreichen. Mit den Vorhaben soll auch ein Technologietransfer in Entwicklungsländer verbunden werden. Die sinkenden Preise für Emissionsrechte haben jedoch auch den Anreiz zu CDM-Projekten drastisch vermindert.

Das Kyoto-Protokoll lief Ende 2012 aus. Nach mehrjährigen Verhandlungen im Rahmen von UN-Klimakonferenzen haben die EU und weitere Industrieländer erklärt, ab Anfang 2013 im Rahmen einer zweiten Verpflichtungsphase ihre klimaschädlichen Emissionen weiter zu vermindern. Die USA und einige andere Industrieländer sind hierzu nicht bereit. Die zweite Verpflichtungsphase reicht bis 2020 – dann soll ein neues umfassendes Klimaabkommen in Kraft treten.



WWF-Aktion in Doha mit Forderungen nach Wasser, erneuerbarer Energie und Nahrung für alle. Umwelt- und Klimaschutzorganisationen wie der WWF nutzen die UN-Klimakonferenzen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Foto: WWF/Mark Lukes

zum Klimaschutz und zur Anpassung an erwartete Klimaveränderungen umsetzen können.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 gehörte die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention. Es war der erste internationale Vertrag, in dem sich die Staatengemeinschaft zum gemeinsamen Handeln gegen den Klimawandel und seine Folgen verpflichtete (siehe Kasten „Klimarahmenkonvention“). Zur Fortentwicklung dieser Konvention und zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen werden jährlich Konferenzen abgehalten, offiziell „Vertragsstaatenkonferenzen“ (Conferences of the Parties – COP) genannt. Zwischen diesen jährlichen Konferenzen finden häufig weitere Treffen der UNFCCC-Mitgliedstaaten statt, um die Beschlüsse der Konferenzen vorzubereiten.

Bereits auf der **ersten UNFCCC-Vertragsstaatenkonferenz**, kurz **UN-Klimakonferenz**, in **Berlin** im März/April 1995 (unter Leitung der damaligen deutschen Umweltministerin Angela Merkel) wurde deutlich, dass das Hauptziel der Konvention nicht erreicht werden würde, nämlich die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2000 auf freiwilliger Basis auf das Niveau von 1990 zurückzuführen. Deshalb wurde in einem „Berliner Mandat“ vereinbart, auf der dritten UN-Klimakonferenz 1997 in einem rechtlich verbindlichen Protokoll

Reduktionsziele für die Industrieländer zu vereinbaren. Außerdem wurde bei dieser Konferenz beschlossen, das UN-Klimasekretariat in Bonn einzurichten.

Die **zweite UN-Klimakonferenz** in **Genf** im Juli 1996 tagte unter dem Eindruck des kurz vorher veröffentlichten zweiten IPCC-Sachstandberichts. Dieser hatte einen von Menschen verursachten dramatischen Klimawandel festgestellt: „Die Erkenntnisse legen nahe, dass es einen erkennbaren menschlichen Einfluss auf das globale Klima gibt.“ Die Klimakonferenz billigte den IPCC-Bericht und bekräftigte, dass ein verbindliches Protokoll zur Verminderung der klimaschädlichen Emissionen unverzichtbar sei. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel gaben die USA ihren Widerstand gegen eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zum Klimaschutz auf.

Die **dritte UN-Klimakonferenz** in **Kyoto** im Dezember 1997 ist durch die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls in die Geschichte der Klimapolitik eingegangen. Mehr als 2000 Regierungsvertreter aus 168 Ländern nahmen an den Beratungen teil. In dem Protokoll verpflichteten sich Industrieländer erstmals rechtlich verbindlich zu Emissionsreduzierungen für sechs Treibhausgase bis 2012 (siehe Kasten Kyoto-Protokoll). Die Regierungen der USA und einiger weiterer Länder konnten durchsetzen, dass jedes einzelne Industrieland festlegen konnte, welche Ziele es er-

reichen wollte. Die Zusagen der Vereinigten Staaten waren dabei gering. Später zeigte sich, dass mit den USA das Industrieland mit dem größten Ausstoß an klimaschädlichen Gasen dieses Protokoll nicht ratifizierte.

Bei der **vierten UN-Klimakonferenz** in **Buenos Aires** im November 1998 wurde über Details beraten, die bei der Formulierung des Kyoto-Protokolls offen geblieben waren. In einem Aktionsplan wurde ein Beratungsprozess vereinbart, um innerhalb von zwei Jahren diese Fragen zu klären. Umweltschützer kritisierten, dass die „Schlupflöcher“ des Kyoto-Protokolls nicht gestopft werden konnten.

Die **fünfte UN-Klimakonferenz** in **Bonn** im Oktober 1999 führte zu wenigen greifbaren Ergebnissen. Schon vor der Eröffnung hatte der Exekutivsekretär des UN-Klimasekretariats, Michael Zammit Cutajar, erklärt: „Der entscheidende Moment wird in Den Haag kommen“. In Bonn wurde kontrovers debattiert, wie das Kyoto-Protokoll praktisch umgesetzt werden konnte. Die EU setzte sich u. a. dafür ein, dass nur ein Teil der Reduzierungsverpflichtungen durch den Emissionshandel ausgeglichen werden dürfte, um zu verhindern, dass ein Land überhaupt keine Klimaschutzanstrengungen zu Hause unternahm. Einigen konnte man sich aber darauf nicht.

Bei der **sechsten UN-Klimakonferenz** in **Den Haag** im November 2000 wurde wieder über Einzelheiten des Kyoto-Protokolls debattiert, unter anderem den „Clean Development Mechanism“ (siehe Kasten Kyoto-Protokoll). Die EU und viele Entwicklungsländer wehrten sich gegen neue Möglichkeiten zur Umgehung der Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung. Ihnen standen die USA und einige andere Industrieländer gegenüber. Streit gab es in diesem Zusammenhang u. a. über die Anrechnung von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen als Beitrag zum Klimaschutz. Auch die Anrechnung des Baus von Atomkraftwerken als Beitrag zum Klimaschutz wurde von einigen Regierungen gefordert. Ein Kompromiss wurde in Den Haag auch nach einem 24-stündigen Verhandlungsmarathon am Ende der Konferenz nicht gefunden.

Deshalb fand im Juli 2001 eine **Fortsetzung der sechsten UN-Klimakonferenz** in **Bonn** statt. Die neue amerikanische Regierung unter George W. Bush hatte zuvor angekündigt, das Kyoto-Protokoll nicht zu ratifizieren, und enthielt sich

bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme. Saudi-Arabien, welches das Protokoll ebenfalls nicht ratifizieren wollte, beließ es bei einem verbalen Protest. Die übrigen beteiligten Länder einigten sich nach zähen Verhandlungen auf Kompromisse zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls – Kompromisse, die von der EU trotz Bedenken mitgetragen wurden. Damit war der Weg frei für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und für die Fortführung der internationalen Klimapolitik. Für ein Inkrafttreten des Protokolls musste eine Ratifizierung durch mindestens 55 Staaten erfolgen, die 55 Prozent der Emissionen der Industrieländer auf sich vereinigten. Dies war nun möglich geworden.

Auf der **siebten UN-Klimakonferenz in Marrakesch** im November 2001 wurden alle Entscheidungen zur Ausgestaltung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls im „Übereinkommen von Marrakesch“ zusammengefasst und u. a. verbindliche Vereinbarungen für einen Emissionshandel geschaffen.

Bei der **achten UN-Klimakonferenz in Neu-Delhi** im Oktober 2002 wurden Entscheidungen über den „Clean Development Mechanism“ und die Verwendung von CDM-Mitteln für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern getroffen. Außerdem wurde eine Einigung darüber erreicht, wie in Zukunft die klimaschädlichen Emissionen weltweit gemessen werden sollen.

Bei der **neunten UN-Klimakonferenz in Mailand** im Dezember 2003 wurden Regeln für das REDD-Programm vereinbart, also für den finanziellen Ausgleich an Entwicklungsländer, die ihre Wälder schützen und Aufforstungsprogramme durchführen. Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace kritisierten, dass bei diesen Maßnahmen auch die Verwendung standortfremder Baumarten und gentechnisch veränderter Pflanzen erlaubt wurde.

Bei der **zehnten UN-Klimakonferenz** im November 2004 in **Buenos Aires** konnte das zehnjährige Inkrafttreten der Klimarahmenkonvention gefeiert werden. Inhaltlich bildeten die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen an die bereits unvermeidlichen Folgen des globalen Klimawandels einen Schwerpunkt der Konferenz. Es war immer deutlicher geworden, dass die Entwicklungsländer besonders stark von Extremwetterereignissen, dem Anstieg des Meeresspiegels und anderen Folgen des Klimawandels betroffen sind. Sie verfügen aber nicht über die Finanzmittel für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen. In Buenos Aires forderten diese Länder deshalb die Industrieländer auf, dringend Finanzmittel, Expertise und Technologie zur Verfügung zu stellen.

In **Montreal** fand Ende 2005 erstmals eine Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention zusammen mit einer

Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls statt. Diese **elfte UN-Klimakonferenz** befasste sich intensiv mit der Frage, mit welchen Schritten eine neue Klimaschutzvereinbarung nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012 erreicht werden könnte. Es wurden parallele Verhandlungsstränge zur weiteren Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention und zur Fortführung des Kyoto-Protokolls vereinbart. Beide Prozesse sollten miteinander verzahnt werden. Die Entwicklungs- und Schwellenländer legten großen Wert darauf, dass die Industrieländer ihrer historischen Verantwortung gerecht werden, ihre Emissionen reduzieren und die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützen würden. Die USA und einige andere Industrieländer hingegen lehnten „einseitige“ Verpflichtungen der Industrieländer auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls ab und forderten, dass auch die Schwellenländer ihre klimaschädlichen Emissionen reduzieren müssten.

Auf der **zwölften UN-Klimakonferenz** im November 2006 in **Nairobi** standen die Auswirkungen des Klimawandels in Afrika und die erforderlichen Schritte zur Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung und zur Reduzierung der afrikanischen Emissionen im Mittelpunkt. Die EU-Staaten erklärten sich bereit, zusätzliche Mittel für Programme zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Afrika bereitzustellen. In Nairobi konnte keine Einigung auf einen Zeitplan für ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls erreicht werden.

Wichtigstes Ergebnis der **13. UN-Klimakonferenz** in **Bali** Anfang Dezember 2007 war der „Bali-Aktionsplan“. Darin wurden Schritte vereinbart, wie bei der übernächsten UN-Klimakonferenz 2009 ein Vertrag über Emissionsreduzierungen, Anpassungsprogramme, Technologietransfer und die Finanzierung solcher Vorhaben in Entwicklungsländern erreicht werden sollte. In Kraft treten sollte der neue Vertrag möglichst Anfang 2013. Die Mehrzahl der Länder war der Auffassung, dass die Verpflichtungen der Industrieländer zu Emissionsreduzierungen in einem Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll geregelt werden sollten. Industrieländer, die nicht bereit waren, eine solche Nachfolgevereinbarung zu unterzeichnen, sollten vergleichbare Emissionsreduzierungen vornehmen. Alle Länder sollten sich bemühen, ihre



Alles, was dieser Mann bei einer Flutkatastrophe auf den Philippinen im August 2012 retten konnte, hat er in eine Styroporkiste gepackt. Die Häufung solcher Katastrophen wird von Fachleuten eindeutig auf den Klimawandel zurückgeführt und zeigt eindringlich die Notwendigkeit einer wirkungsvollen internationalen Klimapolitik. Foto: IRIN/Jason Guiterrez



Wissenschaftler befürchten, dass in einigen Jahrzehnten das Eis der Arktis in den Sommermonaten ganz verschwunden sein wird. Das kann zu unumkehrbaren Prozessen der Erderwärmung beitragen. Die von den Vereinten Nationen betriebene internationale Klimapolitik soll eine dramatische Beschleunigung des globalen Klimawandels verhindern und dafür den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzen.

Foto: UN Photo/Mark Garten

Emissionen zu vermindern.

Bei der **14. UN-Klimakonferenz in Poznań/Polen** im Dezember 2008 wurde versucht, sich auf Formulierungen für ein neues Abkommen zu verständigen. Es blieb unklar, welche verbindlichen Verpflichtungen zu Emissionsreduzierungen die einzelnen Länder eingehen würden und ob es gelingen würde, die für die Klimaprogramme in Entwicklungsländern erforderlichen Finanzmittel aufzubringen. Ohne eine Einigung in diesen Fragen war nicht zu erwarten, dass bei der folgenden UN-Klimakonferenz eine Einigung auf ein neues Klimaabkommen erreichbar sein würde. In Poznań verständigte man sich auf die Ausgestaltung eines Anpassungsfonds zugunsten der Entwicklungsländer und die stärkere Förderung des Technologietransfers. Allerdings hatte die internationale Finanzkrise zur Folge, dass die Regierungen von Industrieländern noch weniger zu großzügigen Finanzzusagen und Verpflichtungen bereit waren, die die heimische Wirtschaft als Belastungen ansehen würden.

Die Weltklimakonferenz 2009 in Genf

Klimainformationen und Klimavorhersagen sind angesichts einer wachsenden Zahl von Extremwetterereignissen noch wichtiger als früher. Wissenschaftliche Daten

und Erkenntnisse über Klima- und Wetterentwicklungen müssen allerdings auch Politiker, Katastrophenschutzorganisationen, Entwicklungsorganisationen und die Bevölkerung vor Ort erreichen. Diese Erkenntnisse prägten die Dritte Weltklimakonferenz im August/September 2009 in

Genf, die von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in Zusammenarbeit mit weiteren internationalen Organisationen durchgeführt wurde. Die Konferenz hatte das Thema „Bessere Klimainformationen für eine bessere Zukunft“.

Um verlässliche Klimainformationen für den ganzen Planeten bereitstellen zu können, sei eine sehr viel stärkere internationale Zusammenarbeit, weit größere und leistungsfähigere Rechner sowie ein verstärkter Einsatz von Infrastruktur und Fachkräften erforderlich.

Die dritte Weltklimakonferenz fand drei Monate vor der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen statt und sollte die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Klimaforschung und die Schaffung von wissenschaftlichen Grundlagen für nationale und regionale Anpassungskonzepte fördern. Am Ende der Konferenz stimmten über 2.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Fachleute und politisch Verantwortliche aus mehr als 150 Ländern dem „Globalen Rahmenwerk für Klimadienleistungen“ zu. Als wichtiges Ziel wurde formuliert, „die Erstellung, Verfügbarkeit, Bereitstellung und Anwendung von wissenschaftlich fundierten Klimavorhersagen und -dienstleistungen zu verstärken“. Zu den wichtigsten Bestandteilen der geplanten intensiven internationalen Zusammenarbeit gehören ein globales Klimabeobachtungssystem, ein globales Forschungsprogramm, ein Klima-Dienstleistungs-Informationssystem, der Ausbau



Die Gesundheit der Menschen in armen Ländern ist auf vielfältige Weise bedroht, zum Beispiel wie hier in Karachi/Pakistan durch Müll und verseuchtes Wasser. Als Folge des Klimawandels wachsen die Gesundheitsrisiken. Deshalb hilft die WHO den Ländern dabei, die Gesundheitsversorgung auszubauen und Krankheitsrisiken zu beseitigen. Foto: IRIN/Ashraf Khan



Kraftwerke und Industriebetriebe tragen wesentlich zum globalen Klimawandel bei. Deshalb bemüht UNIDO, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, sich darum, dass diese Betriebe weltweit nachhaltig und das bedeutet auch klimafreundlich arbeiten.

Foto: Bundesumweltministerium/H.-G. Oed

von Verbindungen zwischen Anbietern und Nutzern von Klimadienleistungen sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Schwerer Rückschlag – Kopenhagen 2009

„Das ist heute schon ein schwarzer Tag für die Klimaforschung, denn der Gipfel hat nicht gebracht, was man erwartet hat, geschweige denn verbindliche Reduktionsziele zur Senkung der Treibhausgase.“ So bewertete der bekannte Kieler Klimaforscher Mojib Latif die Ergebnisse der 15. UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen. Die Konferenz hätte ein Durchbruch auf dem Weg zu einem neuen Klimaabkommen sein können. Aber sie war von einer selten chaotischen Organisation und Leitung und von einer konfrontativen Haltung verschiedener Staatenvertreter geprägt. Dass der Entwurf für eine Abschlusserklärung von den Vertretern von über 190 Ländern lediglich „zur Kenntnis genommen“ und nicht verabschiedet wurde, markierte für viele Beteiligte und Beobachter einen Tiefpunkt in den Bemühungen um ein neues Klimaabkommen. Andere sahen die Konferenz hingegen trotzdem als Erfolg an.

UN-Generalsekretär **Ban Ki-moon** betonte, die Wirksamkeit der Ergebnisse werde sich zum Beispiel zeigen, wenn die ver-

sprochenen Gelder für den Klimaschutz in Entwicklungsländern fließen würden. „Es mag nicht alles sein, was sich alle erhofft hatten“, sagte Ban. „Aber es ist ein Anfang, ein wichtiger Anfang.“ Nun bleibe die Aufgabe, ein rechtlich verbindliches UN-Klimaabkommen abzuschließen. Der Leiter des UN-Klimasekretariats UNFCCC, **Yvo der Boer**, bemühte sich um eine positive Bewertung. Allein schon die Tatsache, dass man rund 120 Staatenlenker an einen Tisch gebracht habe, um über den Klimawandel zu verhandeln, sei ein Erfolg. Der „Copenhagen Accord“ (die „Vereinbarung von Kopenhagen“) enthalte „bedeutende Elemente“ wie etwa die Einigung auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit, Zusagen der Industriestaaten für Finanzhilfen an die Entwicklungsländer sowie Einigungen über Themen wie Technologietransfer und Waldschutz. Sein Land werde „dieses Dokument nicht akzeptieren“, sagte hingegen der Vertreter des südpazifischen Inselstaats Tuvalu, **Ian Fry**. „Unsere Zukunft steht nicht zum Verkauf.“ Im Blick auf die finanziellen Angebote im Konferenztext fügte er in Abwandlung eines Bibelzitats hinzu: „Sie boten 30 Silberlinge für den Verrat an unserer Zukunft.“ Angesichts des Fehlens ehrgeiziger Klimaziele in der Übereinkunft äußerte er die Befürchtung, dies wäre „das Ende von Tuvalu“.

US-Präsident **Barack Obama** bezeichnete den Klimakonsens als „wichtigen Durchbruch“. „Zum ersten Mal in der Geschichte sind alle größeren Volkswirtschaften der Welt zusammengelassen, um ihre Verantwortung zum Handeln angesichts des drohenden Klimawandels zu akzeptieren“, erklärte er nach der Rückkehr in die USA. Auch die politische Führung Chinas bewertete die Ergebnisse des Weltklimagipfels positiv. Der Gipfel habe „bedeutende und positive Früchte“ gebracht, sagte Außenminister **Yang Jiechi**. Allerdings sei er „nicht das Ende, sondern ein neuer Anfang“ gewesen, um die Probleme durch den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** äußerte vor ihrem Abflug aus der dänischen Hauptstadt: „Die Verhandlungen waren extrem schwierig, und ich muss auch sagen, dass ich das Ergebnis mit sehr gemischten Gefühlen sehe.“ Letztlich habe sie zugestimmt, um ein völliges Scheitern der Verhandlungen und einen Abbruch des Klimaschutzprozesses zu verhindern: „Der Weg zu einem neuen Abkommen ist noch sehr weit.“ Diese Prognose erwies sich als zutreffend – und hat die Regierungschefs der meisten Länder der Welt dazu veranlasst, zu den nächsten UN-Klimakonferenzen gar nicht erst anzureisen und lediglich ihre Umweltminister zu entsenden. Wie in Kopenhagen verabredet, teilten 75 Länder bis Anfang April 2010 den Vereinten Nationen verpflichtende nationale Klimaziele mit, darunter die USA und China. Diese Staaten sind für mehr als 80 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen verantwortlich. Allerdings zeigte sich rasch, dass die angekündigten Ziele der einzelnen Länder im Kampf gegen den Klimawandel bei Weitem nicht ausreichen würden, um wie angestrebt die globale Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Die USA sagten lediglich zu, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 17 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken. Die Wahl des Basisjahrs 2005 statt wie international üblich 1990 war ein leicht durchschaubarer Trick. Die angekündigte US-Reduktion entspricht lediglich vier Prozent im Vergleich zu 1990. China sagte zu, das Wachstum seiner Treibhausgas-Emissionen einzudämmen. Die Europäische Union verpflichtete sich, ihren Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Die EU hatte in Kopenhagen in Aussicht gestellt, den Ausstoß um 30 Prozent zu senken, wenn andere Industriestaaten vergleichbar hohe Reduzierungen zusagen würden.



Eine Karawane in einem Sandsturm im Tschad. Immer mehr Menschen am Rande der Sahara müssen angesichts der Ausbreitung der Wüste und einer zunehmenden Zahl heftiger Stürme ums Überleben kämpfen. Foto: IRIN/Kate Holt

Kleine Fortschritte – Cancún 2010

Auf der 16. UN-Klimakonferenz im Dezember 2010 in Cancún einigte man sich auf die Fortführung des Kyoto-Protokolls nach 2012. Das zweite in Cancún verabschiedete Dokument mit dem Titel „Long-term Cooperative Action“ (Langfristiges gemeinsames Handeln) nimmt das Ziel auf, die globale Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Die Reduktionszusagen vieler Länder auf der Grundlage der Verhandlungen bei der letzten UN-Klimakonferenz in Kopenhagen wurden in dem Abschlussstext zur Kenntnis genommen und damit erstmals in einer UN-Vereinbarung explizit genannt. Die Delegierten verabschiedeten außerdem eine Vereinbarung über einen „Grünen Klimafonds“, mit dem wirtschaftlich armen Ländern bei der Bewältigung des Klimawandels geholfen, tropische Wälder geschützt und klimafreundliche Technologien gefördert werden sollen.

Historischer Meilenstein? Durban 2011

Auf der 17. UN-Klimakonferenz in Durban im November/Dezember 2011 wurden eineinhalb Tage länger als geplant benötigt, um zu einem Abschlussdokument zu gelangen, das die südafrikanischen Gastgeber als einen „historischen Meilenstein“ im Kampf gegen die Klima-

erwärmung bezeichneten. Diese positive Bewertung wurde nicht von allen Delegierten und Beobachtern geteilt, aber die Erleichterung war groß, dass überhaupt gemeinsame Beschlüsse gefasst werden konnten.

Vereinbart wurden u. a. die Absicht zur Verlängerung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus, Einzelheiten zur Verbesserung des Technologietransfers und konkrete Schritte auf dem Weg zu einem „Grünen Klimafonds“. Bis 2015 soll eine neue internationale Klimavereinbarung abgeschlossen werden. Bis kurz vor Konferenzschluss wurde allerdings heftig darüber gestritten, wie verbindlich eine solche Vereinbarung sein soll. Während die EU und viele Entwicklungsländer ein rechtlich bindendes Abkommen forderten, ein „Rechtsinstrument“, plädierten die USA und große Schwellenländer für ein „rechtliches Ergebnis“, eine Absichtserklärung ohne rechtliche Verbindlichkeit. Nun soll ein „vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Geltung“ bis 2015 verabschiedet werden und dann spätestens 2020 in Kraft treten.

Vor allem die Schwellenländer Indien und China haben sich bei den Verhandlungen in Durban dagegen gewehrt, in gleicher Weise wie die Industrieländer rechtlich bindende Verpflichtungen zur Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen einzugehen. Die Industrieländer seien für den globalen Klimawandel verantwortlich und müssten

deshalb ihre Emissionen stark vermindern. Entwicklungsländer sollten sich ebenfalls – aber ohne internationale Verträge – für den Klimaschutz engagieren. Die USA sind zu keinem Vertrag bereit, der sie selbst rechtlich bindet, aber nicht Schwellenländer wie China. Zugleich zögerte die US-Regierung, überhaupt ein neues internationales Klimaabkommen zu unterzeichnen, weil große Zweifel bestehen, dass es im US-Kongress ratifiziert werden würde. Die EU plädierte für ein neues Klimaabkommen, war aber nicht zur Erhöhung eigener Zusagen für den Klimaschutz bereit. Die Entwicklungsländer beharrten vergeblich darauf, dass rasch ein umfassendes und weitreichendes Klimaabkommen verabschiedet werden müsste.

Einigung in Details – Doha 2012

Enttäuschend war bei der 18. UN-Klimakonferenz in Doha/Katar für viele die Rolle der arabischen Staaten mit dem Gastgeber Katar und dem einflussreichen Saudi-Arabien an der Spitze. Die arabischen Staaten gingen weder Verpflichtungen zur Verringerung ihrer hohen CO₂-Emissionen ein noch machten sie Zusagen für finanzielle Beiträge im internationalen Kampf gegen den Klimawandel.

Wie von vielen erhofft, wurde in Doha immerhin das Kyoto-Protokoll zur Begrenzung der Emissionen von Industrieländern bis 2020 verlängert. 37 Industrieländer beteiligen sich an der neuen Vereinbarung, darunter die EU-Staaten. Aber die USA, Japan und Kanada, alles Länder mit hohen Emissionen, verweigerten die Unterschrift unter diese Vereinbarung. Zudem wurde das Ausmaß der Reduzierungen, zu denen sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, nicht festgehalten. Angestrebt werden bis 2020 Reduzierungen von 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990. Deutschland hat das Minimalziel bereits erreicht, und auch andere Länder müssen wenig leisten, wenn sie sich an dem unteren Wert von 25 Prozent orientieren.

In Doha wurde außerdem ein Arbeitsplan für ein neues Klimaabkommen vereinbart. Aber es mehrten sich kritische Stimmen, die befürchteten, dass es bei dem bisherigen Tempo nicht möglich sein würde, im Jahr 2015 einen konsensfähigen Vertragstext vorzulegen. Für 2014 hat der UN-Generalsekretär angekündigt, die Staats- und Regierungschefs zusammenzurufen, um den politischen Willen für ein neues Abkommen zu mobilisieren. Man einigte

sich zudem auf Regelungen zur finanziellen Hilfe für Entwicklungsländer im Rahmen des „Grünen Klimafonds“. Allerdings gab es keine ausreichenden Finanzierungszusagen.

Kleinere Fortschritte gab es beim Technologietransfer, bei der Bemessung von Waldzerstörungen und bei Initiativen zum Waldschutz. Diese Expertenergebnisse können in ein Klimaabkommen einfließen, zeigen aber ohne ein solches Abkommen bisher nur geringe Wirkung.

UN-Klimapolitik – mühsam, aber notwendig

In den letzten Jahren wachsen die Zweifel am Sinn von Mammutkonferenzen mit über 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die breite Partizipation aller Länder und aller Interessengruppen an den Klimaverhandlungen scheint an ihre Grenzen zu stoßen. Dabei ist zu beachten, dass diese Konferenzen keineswegs gleiche Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Länder eröffnen. Reichere Länder entsenden Delegationen von mehreren hundert Regierungsvertretern und Beratern, während arme Entwicklungsländer nur einige wenige Vertreter finanzieren können und bei den diversen parallelen Verhandlungstreffen stark benachteiligt sind. Würden die internationalen Klimaverhandlungen „im kleineren Kreis“ stattfinden, wären die armen und kleinen Staaten noch stärker außen vor. Die Einbeziehung von ein oder zwei pazifischen oder karibischen Inselstaaten wäre kaum mehr als ein Alibi. Die US-Regierung lädt regelmäßig zu Klimaverhandlungen außerhalb des UN-Rahmens ein, und auch in einigen anderen großen Ländern wird laut über Verhandlungen ohne den starren Rahmen der UN-Konferenzen nachgedacht. Als ein schwerwiegendes Problem erweist sich die erforderliche Einstimmigkeit bei den UN-Klimakonferenzen. Zwar wurde diese Regelung bei den letzten Klimakonferenzen durch rigoros vorgehende Konferenzpräsidenten ausgehebelt, aber das erhöht nur den Unmut derer, die eine Minderheitsmeinung vertreten. Andererseits besteht das Problem, dass der Verzicht auf das Prinzip der Einstimmigkeit wenig für den Klimaschutz bringen würde. Es bestünde vielmehr die Gefahr, dass sich die bei den Abstimmungen unterlegenen Staaten nicht an die Beschlüsse halten würden, wogegen es seitens der internationalen Gemeinschaft keine Sanktionsmöglichkeiten gibt. So wäre vor allem zu befürchten, dass die USA noch stärker auf verbindliche Reduktionszusagen verzichten wür-



Inzwischen lebt die Hälfte der Menschheit in Städten. Besonders im Süden der Welt wachsen die Großstädte wie hier Nairobi rasch. Deshalb beschäftigt sich UN-HABITAT intensiv mit den klimaschädlichen Emissionen, den Bedrohungen durch den Klimawandel und einer wirksamen Klimapolitik der Städte.
Foto: IRIN/Siegfried Modola

den, was wiederum Schwellenländer wie China dazu veranlassen könnte, ihrerseits weniger für den Klimaschutz zu tun. Insgesamt spricht viel dafür, die internationale Klimapolitik im Rahmen der Vereinbarungen und Verhandlungsstrukturen der Vereinten Nationen fortzuführen und diese vorsichtig zu reformieren. Ein wichtiges Ziel wäre, die Teilnehmerzahlen der Konferenzen zu verringern und diese wieder arbeitsfähiger zu machen. Auch muss nach Möglichkeiten gesucht werden, den Anteil der Konferenzzeit für Stellungnahmen von Staatenvertretern zu reduzieren. Gleichzeitig sollte versucht werden, wieder eine stärkere Beteiligung von Staats- und Regierungschefs an den Klimakonferenzen zu erreichen. Manche Kritiker der zähen internationalen Klimaverhandlungen plädieren dafür, die Hoffnung auf eine wirksame Klimapolitik der Staatengemeinschaft aufzugeben und sich ganz auf lokale oder regionale Initiativen zum Klimaschutz zu konzentrieren. Hier könne man die Menschen vor Ort einbeziehen und in einer überschaubaren Zeit nachweisbare Erfolge erzielen. Aber es darf nicht übersehen werden, dass der Klimawandel ein globaler Prozess ist, der letztlich nur gebremst oder aufgehalten werden kann, wenn überall auf der Welt ein wirksamer Klimaschutz betrieben wird. Wenn es nicht gelingt, die Emissionen großer Industrieländer drastisch zu vermindern und in Schwellenländern deutlich zu begrenzen, ist das Zwei-Grad-

Ziel nicht zu erreichen, auch nicht durch zahlreiche erfolgreiche lokale Initiativen in anderen Ländern. Diese Überzeugung veranlasst die UN-Verantwortlichen wie den Generalsekretär Ban Ki-moon immer von Neuem, trotz aller Rückschläge für einen weitreichenden und verbindlichen internationalen Klimaschutz einzutreten. Nötig wäre hier allerdings mehr Mut der UN-Verantwortlichen, Rückschläge bei Konferenzen offen zu benennen und Konferenzergebnisse nicht schönzureden. Die UN-Arbeitsstrukturen zu Klimafragen scheinen weniger Reibungsverluste hervorzurufen, wie dies zum Beispiel für den Umweltbereich der Fall ist. Mit der Klimarahmenkonvention UNFCCC und dem dazugehörigen Sekretariat gibt es klare Verantwortlichkeiten für Klimaverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen. Mit dem IPCC besteht trotz Konflikten und Reformnotwendigkeiten eine maßgebliche wissenschaftliche Einrichtung zur Bewertung von Erkenntnissen zur Klimaforschung, zur Zusammenfassung der Ergebnisse und zur Erarbeitung von Prognosen. Und für den UN-Beitrag zum praktischen Klimaschutz gibt es ein Netzwerk von UN-Organisationen und -Programmen, bei dem die verschiedenen Akteure auf vielfältige Weise zusammenarbeiten. Vieles, was hier konzipiert und umgesetzt wird, ist wegweisend für ein Klimaengagement, das Fragen der Nachhaltigkeit, der Partizipation und der Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Klimaengagement der Vereinten Nationen

Zwischenstaatliche Einrichtungen

IEA

Die „Internationale Energieagentur“ (International Energy Agency – IEA) ist eine autonome Einrichtung innerhalb der OECD, also des Zusammenschlusses von Industrieländern. Die IEA wurde aufgrund des Schocks in vielen Industrieländern über die Ölkrise 1972/73 gegründet. Die Organisation soll dazu beitragen, dass **zuverlässig verfügbare, bezahlbare und saubere Energie** zur Verfügung steht. Schwerpunkte der Arbeit bilden die Beobachtung der internationalen Ölmärkte und die Koordinierung der Reaktionen der Mitgliedstaaten auf Marktentwicklungen. Hierfür steht der IEA auch das Instrument einer strategischen Ölreserve zur Verfügung. Die IEA warnt vor den Verknappungen der weltweiten Öl- und anderer fossiler Energiereserven und hat den Anspruch, Umwelt- und Energiepolitik miteinander zu verbinden. Auf der Website ist zu lesen: „Die IEA berät ihre Mitgliedsländer konsequent dabei, Wege zu finden, um ihre Energiepolitik so weiterzuentwickeln, dass sie den Klimawandel bekämpfen.“

UN-Sonderorganisationen

FAO

Die Land- und Forstwirtschaft trägt wesentlich zum globalen Klimawandel bei. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture

Organization of the United Nations – FAO) ist deshalb bestrebt, eine **klimafreundliche Landwirtschaft zu fördern**, die zugleich in der Lage ist, die weiterhin bestehenden Welt ernährungsprobleme zu lösen. Eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft erweist sich nach Erkenntnissen der FAO hierfür als besonders geeignet. Sie ist zugleich widerstandsfähiger als die konventionelle Landwirtschaft gegenüber den nicht mehr zu vermeidenden Folgen des Klimawandels.

IFAD

Die weltweit etwa 500 Millionen Kleinbauernfamilien sind besonders stark von Extremwetterereignissen und anderen klimabedingten Problemen betroffen. Das liegt u. a. daran, dass sie häufig in risikoreiche Gebiete wie Berghänge oder flutgefährdete Küstenregionen verdrängt worden sind. Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (International Fund for Agricultural Development – IFAD) mit Sitz in Rom hat deshalb Hilfen bei der Anpassung an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel zu einer Priorität gemacht. IFAD vergibt zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur **Finanzierung von landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten**. So wird ermöglicht, die Ernährungssicherheit der armen ländlichen Bevölkerung zu verbessern, ihre Einkommen zu steigern und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Missernten, Naturkatastrophen etc. zu erhöhen.

ILO

„In diesem Jahrhundert steht die internationale Gemeinschaft vor zwei großen Herausforderungen: Die erste besteht darin, welt-

weit für angemessene Beschäftigung und ausreichende Löhne zu sorgen, die den Menschen ein Entkommen aus der Armut ermöglichen. Die zweite Herausforderung besteht darin, dem Klimawandel und der Bedrohung natürlicher Lebensgrundlagen für heutige und zukünftige Generationen zu begegnen. Die Politik der ILO basiert auf der Überzeugung, dass diese zwei globalen Herausforderungen aufs Engste miteinander verknüpft sind und nur gemeinsam angegangen werden können.“ So begründet die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) ihr Engagement für Arbeitsrechte und verknüpft damit den Schutz von Klima und Umwelt. Die ILO setzt sich dafür ein, dass Strukturveränderungen beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft gerecht gestaltet werden. Ebenso sollen die neu entstehenden **grünen Jobs angemessene Arbeitsbedingungen** und Entlohnung bieten. Wichtig ist der ILO auch, das Engagement im Klimabereich mit Fragen der Geschlechtergleichstellung zu verbinden.

UNESCO

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – UNESCO) soll die Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur fördern. Im Wissenschaftsbereich engagiert die UNESCO sich – oft gemeinsam mit anderen UN-Einrichtungen und internationalen Forschungseinrichtungen – in einer ganzen Reihe wichtiger Programme, die die globalen Klimaveränderungen zum Thema haben. Dazu gehören u. a. das UNESCO-Forum für **die wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen der Anpassung an den Klimawandel**, das Weltklimaforschungsprogramm, das Klimabeobachtungssystem GCOS, eine Wissensdatenbank zu Klimathemen, ozeanografische Forschungsvorhaben und Bildungsinitiativen zu Klimafragen, vor allem im Rahmen des Programms „**Bildung für nachhaltige Entwicklung**“.

UNIDO

Ohne einen Ausbau ihrer industriellen Kapazitäten werden Entwicklungsländer nicht den Anschluss an die Wachstumsbereiche der globalen Wirtschaft schaffen. Deshalb ist die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organization – UNIDO) bestrebt, die Industrialisierung wirtschaftlich armer Länder zu fördern und dabei sowohl soziale Fragen wie die Armutsbekämpfung als auch ökologische Fragen zu berücksichtigen. Die UN-Organisation mit Sitz in Wien berät sowohl Industrieunternehmen als auch Regierungen dabei, eine „**grüne Industrie**“ aufzubauen und will so auch zum Kampf ge-



Dieser Bauer im Sudan hat von der Bereitstellung von Hirsesaatgut durch die FAO profitiert. Die FAO bemüht sich seit Jahren, Saatgut zu verbreiten, das weitgehend resistent gegenüber Wetterextremen ist, weil diese durch den globalen Klimawandel häufiger geworden sind. Foto: UN Photo/Fred Noy

gen den Klimawandel beitragen. Die UNIDO hat eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Initiative der Vereinten Nationen „Nachhaltige Energie für alle“ übernommen und fördert u. a. eine **Erhöhung der Energieeffizienz in der industriellen Produktion** und den **Ausbau erneuerbarer Energiequellen**.

UNWTO

Etwa fünf Prozent der klimaschädlichen Emissionen auf der Welt gehen auf den Tourismus zurück. Etwa drei Viertel davon entfallen auf die Emissionen durch den Transport von Touristen (vor allem Flüge), etwa 20 Prozent auf Hotels. Die Welttourismusorganisation (World Tourism Organization – UNWTO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, bemüht sich, die klimaschädlichen Auswirkungen des Tourismus zu vermindern. Das ist schon deshalb geboten, weil der Tourismus selbst von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. So bedroht der Anstieg des Meeresspiegels zum Beispiel die Zukunft von Urlaubsanlagen auf den Malediven. Die UNWTO unterstützt die Regierungen und Tourismusunternehmen im Rahmen des Programms „**Nachhaltige Entwicklung des Tourismus**“ dabei, klimafreundlicher zu werden und sich gleichzeitig an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzupassen.

WHO

Die Hauptaufgabe der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) besteht darin, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen den höchstmöglichen Grad an Gesundheit erreichen können. Die Folgen des globalen Klimawandels wirken sich ganz direkt auf die Gesundheitssituation von vielen Millionen Menschen aus, z. B. durch die Zunahme von Extremwetterereignissen und die Verknappung der Wasserressourcen als Folge sinkender Niederschläge. Die WHO **sensibilisiert Gesundheitseinrichtungen** für die zu erwartenden Folgen des Klimawandels und hilft ihnen dabei, sich auf eine zunehmende Zahl extremer Wetterereignisse vorzubereiten. Ebenso sollen Klimathemen in der staatlichen Gesundheitspolitik der einzelnen Länder ernster genommen und in Gesundheitskonzepte einbezogen werden.

WMO

Wetter- und Klimainformationen und -vorhersagen können Leben retten. Und sie sind angesichts des globalen Klimawandels mit einer wachsenden Zahl von Extremwetterereignissen noch wichtiger als früher. Deshalb findet die Arbeit der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization – WMO) vermehrt Beachtung. Die WMO mit Sitz in Genf ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der gegenwärtig 189 Staaten angehören. Die alle vier Jahre stattfindenden Kongresse sind das höchste Beschlussorgan der WMO.

Zu den Aufgaben der WMO gehört es, den **Ausbau des weltweiten Netzwerkes von Wetterstationen** und den **Austausch von**



Die Vereinten Nationen bemühen sich wie hier in der Mongolei, die Nutzung erneuerbarer Energie wie Solarenergie zu fördern. UN Energy koordiniert dieses Engagement für eine klimafreundliche Energieerzeugung. Foto: UN Photo/Eskinder Debebe

Wetter- und Klimainformationen zu fördern. Im Rahmen des weltweiten Wetterbeobachtungsprogramms arbeiten mehr als 10.000 Wetterstationen zusammen. Wichtige Voraussetzung dafür ist die Standardisierung von meteorologischen Beobachtungen und eine Qualifizierung der Forschung und Ausbildung in der Meteorologie. Die Weltklimakonferenzen der WMO bringen jeweils mehrere Tausend Wetter- und Klimafachleute aus aller

Welt zusammen und ermöglichen eine stärkere Vernetzung der Forschung und der Wetter- und Klimabeobachtung. Auf dem 16. WMO-Kongress 2011 in Genf wurde ein „Globales Rahmenwerk für Klimadienstleistungen“ verabschiedet. Es soll den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselstaaten der Welt geholfen werden, das Klima genauer zu beobachten, Risiken durch den Klimawandel zu erkennen



Windräder tragen in vielen Ländern der Welt dazu bei, den Anteil erneuerbarer Energie zu erhöhen und damit einen Beitrag zur Verminderung klimaschädlicher Emissionen zu leisten.

Foto: Bundesumweltministerium/H.-G. Oed



Das Aufsichten von Steinmauern ist ein wichtiger Teil eines Programms zur Verhinderung weiterer Bodenerosion in der Mongolei. Mit der Förderung solcher Vorhaben trägt das UN-Entwicklungsprogramm UNDP dazu bei, dass in Zeiten vermehrter Dürren und heftigerer Stürme die Viehzucht in Steppegebieten möglich bleibt. Foto: UN Photo/Eskinder Debebe

und rechtzeitig vor extremen Wetterereignissen zu warnen. Außerdem befindet sich das „Integrierte Globale Beobachtungssystem der WMO“ im Aufbau. Mit seiner Hilfe werden viele Millionen Daten zu Wetter, Klima und Wasser aus allen Teilen der Welt zusammengetragen und ausgewertet. Eine immer wichtigere Aufgabe der WMO besteht darin sicherzustellen, dass Erkenntnisse der Klimaforschung dafür genutzt werden können, das **Katastrophen-Risikomanagement zu verbessern**. Um von einem reaktiven Verhalten zu Prävention und Vorbereitung auf Katastrophen zu gelangen, ist ein sehr viel besseres Verständnis lokaler Klimaprozesse und zu erwartender Klimaextreme erforderlich. Bei der gesamten WMO-Arbeit soll versucht werden, Fragen der Geschlechtergleichstellung bei der Forschung und deren Umsetzung im Blick zu haben und lokale Gemeinschaften mit ihrem historischen Wissen in die Forschung und die Planung von Anpassungsmaßnahmen einzubeziehen.

Fonds, Programme und Spezialorgane

GCOS

Die Auswertung von globalen Klimadaten und die Erarbeitung von Klimamodellen für die Zukunft sind äußerst komplexe Prozesse. Diese Analysen können nur so zuverlässig sein wie die Ausgangsdaten für die Berechnungen. Dafür ist ein Netzwerk von Klimabeobachtungsstationen rund um den Globus erforderlich. Wegen Lücken in diesem Netzwerk und Schwächen bestehender Stationen in wirtschaftlich armen Ländern wurde das Globale Klimabeobachtungssystem „Global Climate Observing System – GCOS“ ins Leben gerufen. Dieses ist seit 1992 bei der „Weltor-

ganisation für Meteorologie“ (WMO) in Genf angesiedelt. Mit Hilfe von GCOS wird das **weltweite Netzwerk zur Klimabeobachtung** ausgebaut und effizient gestaltet. Die technische Beratung durch das GCOS-Sekretariat sowie die Vermittlung von Finanzmitteln haben den Auf- und Ausbau vieler Stationen im Süden der Welt ermöglicht.

GEF

Die Globale Umweltfazilität (Global Environment Facility – GEF) ist die bedeutendste öffentliche Einrichtung zur **Förderung von internationalen Umweltvorhaben**. Die GEF entstand 1991 als gemeinsame Initiative von UN-Entwicklungsprogramm UNDP, UN-Umweltprogramm UNEP und Weltbank. Es ist das internationale Finanzierungsinstrument für Vorhaben im Rahmen der UN-Klimakonferenz und von UN-Umweltkonventionen. Mit Mitteln aus Industrieländern werden vor allem Projekte in Entwicklungsländern gefördert. Bisher ist fast ein Drittel der GEF-Gelder für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel eingesetzt worden. Dazu gehören z. B. Vorhaben zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Förderung der erneuerbaren Energien und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

GCF

Die Schaffung des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund – GCF) geht auf die UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen zurück. Der Fonds wurde offiziell bei der UN-Klimakonferenz in Durban/Südafrika im Dezember 2011 ins Leben gerufen. Er hat seinen Sitz in Songdo/Korea. Der Fonds wurde von den Industrieländern mit einer Anschubfinanzierung ausgestattet, und die fortlaufende Finanzierung soll bis 2020 auf jährlich 100 Milliarden Dollar gesteigert werden. Dafür sollen

sowohl staatliche als auch private Mittel eingeworben werden. Das Geld wird zur **Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des nicht mehr zu vermeidenden Klimawandels in Entwicklungsländern** dienen, ebenso für Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels.

OCHA

Etwa 70 Prozent aller Katastrophen auf der Welt entstehen inzwischen in Zusammenhang mit extremen Wetterereignissen. Vor zwei Jahrzehnten waren es erst 50 Prozent. Diese Erkenntnis hat das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA) veranlasst, bei der **Koordination der humanitären Arbeit der Vereinten Nationen** dazu beizutragen, dass die Folgen des Klimawandels begrenzt bleiben und dass vorbeugende Maßnahmen für kommende Katastrophen ergriffen werden. Großes Gewicht legt OCHA auf die Vorbereitung lokaler Gemeinschaften auf absehbare Katastrophen und ihre aktive Partizipation an allen Planungen und Maßnahmen.

UNCTAD

Der Klimawandel wird die **internationalen Handelsbeziehungen verändern**. Es ist aber schwer einzuschätzen, wie dies konkret passieren wird. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) mit Sitz in Genf hat sich zum Ziel gesetzt, die zu erwartenden Veränderungen systematisch zu analysieren und dabei besonders zu berücksichtigen, wie die Entwicklungsländer davon betroffen sind. Das Engagement für die Begrenzung des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen eröffnet die Chance, gleichzeitig etwas für das Klima und eine nachhaltige Entwicklung zu tun, zum Beispiel durch den Ausbau der erneuerbaren Energie. Für die Umsetzung solcher Chancen nutzen viele Entwicklungsländer die Expertise der UNCTAD und die Möglichkeit, sich bei internationalen Konferenzen über Konzepte und Erfahrungen auszutauschen.

UNDP

Das UN-Entwicklungsprogramm (United Nations Development Programme – UNDP) unterstützt die Anstrengungen der wirtschaftlich armen Länder der Welt zur Überwindung von Armut, Hunger und anderen Entwicklungsproblemen. Außerdem koordiniert das UN-Entwicklungsprogramm die langfristige angelegte Entwicklungsarbeit der verschiedenen UN-Organisationen und -Programme. UNDP ist in 177 Länder der Welt mit eigenen Büros vertreten. Da bisherige Entwicklungserfolge und das Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen durch den globalen Klimawandel bedroht sind, fördert UNDP **zahlreiche Entwicklungsprogramme** mit dem Ziel der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen die

Folgen des Klimawandels und der Reduzierung klimaschädlicher Emissionen.

UNEP

„UNEP arbeitet mit Ländern zusammen, um deren Fähigkeiten zu stärken, sich an den Klimawandel anzupassen, sich auf Gesellschaften mit geringen CO₂-Emissionen hinzubewegen, das Verständnis für Erkenntnisse der Klimawissenschaft zu stärken und das öffentliche Bewusstsein für das sich verändernde Klima der Erde zu erhöhen.“ So beschreibt das in Nairobi ansässige UN-Umweltprogramm (United Nations Environmental Programme – UNEP) sein Klimaengagement. **Regierungen werden dabei beraten** und unterstützt, Anpassungsmaßnahmen in die nationale Entwicklungsplanung einzubeziehen und die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme und der lokalen Bevölkerung zu erhöhen. Ebenso fördert UNEP wirtschaftlich arme Länder bei **Initiativen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen**, vor allem durch die Förderung erneuerbarer Energie, erhöhter Energieeffizienz und Energieeinsparung. Weitere UNEP-Schwerpunkte im Klimabereich sind der Waldschutz, die Verbreitung von wissenschaftlichen Klimaerkenntnissen und die Kommunikation von Wissen über den Klimawandel. Die Klimainitiativen des UN-Klimaprogramms sind eng verzahnt mit anderen Arbeitsschwerpunkten wie „Green Economy“.

UNHCR

Es wird befürchtet, dass bis zum Jahr 2050 etwa 150 Millionen Menschen ihre Heimatgebiete aufgrund von Problemen verlassen müssen, die mit den Folgen des globalen Klimawandels zusammenhängen. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (Office of the United Nations High Commissioner on Refugees – UNHCR) beschäftigt sich damit, wie der rechtliche Schutz und die praktische Unterstützung dieser Menschen verbessert werden können. UNHCR nutzt langjährige Erfahrungen und praktische Instrumente der **Flüchtlingsarbeit**, um zum Beispiel der Bevölkerung bei Flutkatastrophen zu helfen. Außerdem setzt sich das UN-Flüchtlingskommissariat bei Regierungen dafür ein, die Rechte der als Folge des Klimawandels vertriebenen Menschen zu achten und ihnen innerhalb ihres Landes oder in anderen Ländern eine neue Lebensperspektive zu geben.

UNHC

Der globale Klimawandel gefährdet die Verwirklichung der Menschenrechte, und dies gilt besonders für diejenigen Bevölkerungsgruppen, deren Rechte und deren Existenz ohnehin besonders bedroht sind. Diese Überzeugung hat den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (Human Rights Council of the United Nations – UNHC) dazu veranlasst, sich intensiv mit den Auswirkungen des Klimawandels und mit der **Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes bei Maßnahmen zum Klimaschutz** und zur Anpassung an die

Folgen des Klimawandels zu befassen. Auch durch staatliche Maßnahmen angesichts des Klimawandels können die Rechte besonders der benachteiligten und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen verletzt werden. Dies gilt zum Beispiel für Menschen, die aus überflutunggefährdeten Gebieten umgesiedelt werden sollen. UNHC setzt sich dafür ein, dass die vom Klimawandel betroffenen Menschen stärker als bisher zu Subjekten der Planung und Durchführung von Programmen werden.

UN-HABITAT

Die Hälfte der Menschheit lebt in Städten, aber bis zu 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen entstehen in Städten. Deshalb strebt das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (United Nations Human Settlements Programme – UN-HABITAT) die Verminderung des Klima-Fußabdruckes der Städte an. Ebenso gilt es, die Städte dabei zu unterstützen, mit den nicht mehr abwendbaren Folgen des globalen Klimawandels fertig zu werden. Es sollen **sozial und ökologisch nachhaltige Städte** entstehen, in denen alle eine angemessene Unterkunft finden. Dabei sollen Klimaschutz und Entwicklungsförderung miteinander verknüpft werden. UN-HABITAT sieht es als eine wichtige Aufgabe an, auf diesen Gebieten eine Vernetzung und einen Erfahrungsaustausch von Städten in Entwicklungsländern zu fördern.

UN-Energy

Zur Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten von UN-Organisationen, -Einrichtungen und -Programmen auf dem Energiesektor wurde im Jahr 2004 UN-Energie (UN-Energy) gegründet. Da sich viele UN-Einrichtungen mit einzelnen Aspekten der Energiethematik befassen, ist der Koordinierungsbedarf für „UN-Energie“ groß. Schwerpunkte der Arbeit

sind die Unterstützung von Ländern, allen Bürgern Zugang zu Energie zu verschaffen, der **weltweite Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung** und die **Erhöhung der Energieeffizienz**. „UN-Energie“ berät Länder auch dabei, wie sie ihre Energieerzeugung angesichts der globalen Klimaveränderungen widerstandsfähiger gestalten können. Steigender Energiebedarf, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sollen miteinander verknüpft werden.

UN-Water

UN-Wasser (UN-Water) ist seit dem Jahr 2003 die Koordinierungseinrichtung für das Engagement der verschiedenen UN-Organisationen und -Programme auf den Gebieten **Wasser und sanitäre Versorgung**. Gemeinsam soll eine nachhaltige Nutzung der knappen Wasserressourcen der Welt gefördert werden. Dafür baut „UN-Wasser“ eine Datenbank zu Wasserthemen auf, bietet ein Forum für den Austausch über Wasser- und Sanitärthemen und betreibt Informations- und Bildungsarbeit. Innerhalb des UN-Systems ist „UN-Wasser“ auch für die Koordination der Arbeit im Bereich „Wasser und Klimawandel“ verantwortlich. Dazu gehören u. a. die Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf Dürren, Fluten und andere Wasserthemen, die konzeptionelle Beschäftigung mit Anpassungsmaßnahmen im Wassersektor sowie der internationale Erfahrungsaustausch auf diesen Gebieten.

WFP

„Es gibt mehr als eine Milliarde hungernder Menschen auf der Welt – und es besteht die Gefahr, dass der Klimawandel die Zahl der Menschen deutlich erhöhen wird, die von Hunger und Unterernährung bedroht werden“, schreibt das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) der Verein-



Verschiedene internationale Organisationen, darunter die IOM, beteiligten sich im Juli 2012 zusammen mit lokalen Behörden an einer Katastrophenübung in Haiti. So soll bei zukünftigen Naturkatastrophen rascher und wirksamer geholfen werden. Foto: UN Photo/Victoria Hazou



Übergabe der gerade fertiggestellten vierten IPCC-Sachstandsberichte an den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 17. November 2007. Rechts von ihm steht der IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri.
Foto: UN Photo/Eskinder Debebe

ten Nationen, die **größte humanitäre Organisation der Welt**. Der globale Klimawandel ist dafür verantwortlich, dass in vielen Regionen der Welt vermehrt Dürren und Flutkatastrophen auftreten, die die Ernährungsgrundlage von Millionen Menschen zerstören. Deshalb nimmt die Zahl der Krisensituationen zu, wo akut humanitäre Hilfe geleistet werden muss. Das WFP und seine Partner reagieren auf die zunehmenden Gefahren nicht nur mit rascher Hilfe, sondern auch mit längerfristig angelegten Programmen zur Vorbereitung der Bevölkerung auf zu erwartende Katastrophen. Dringend erforderlich sind Anpassungsprogramme an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel. Wichtig sind dem Welternährungsprogramm auch Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels zum Beispiel durch Aufforstungsprogramme.

Sonstige der UN nahestehende Einrichtungen

IOM

Die Arbeit der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration – IOM) beruht auf der Überzeugung, dass eine menschliche und geordnete Migration sowohl den Betroffenen als auch der Gesellschaft nützt. Die Organisation mit Sitz in Genf will dazu beitragen, das internationale Bewusstsein für Migrationsthemen zu fördern, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch Migration voranzubringen, die Menschenwürde und das Wohlergehen der Migranten zu schützen und die prakti-



Zu den gravierendsten Auswirkungen des Klimawandels gehören globale Wetterveränderungen wie ausbleibender Regen. Viele arme Regionen, wie hier Darfur im Sudan, haben mit zunehmenden Dürren zu kämpfen, die meist schwere Nahrungsmittelkrisen in den betroffenen Ländern auslösen. Die FAO hilft den Bauern, mit robusteren Sorten eine ökologische Landwirtschaft aufzubauen, die weniger anfällig ist. UN-Photo/Albert Gonzalez Farran

schon Herausforderungen, die durch Migration entstehen, anzugehen. IOM-Studien haben nachgewiesen, dass Umwelt- und Klimaprobleme immer häufiger zu einem Hauptgrund für Migration werden. Der IOM geht es darum, **erzwungene Migration aufgrund von Klimarisiken zu vermindern**, denen zu helfen, die aus Umwelt- und Klimagründen auswandern müssen, und diejenigen Regierungen und anderen Akteure zu unterstützen, die von Klimamigration betroffen sind.

IPCC

Angesichts der komplexen Prozesse des globalen Klimawandels benötigen die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft fundierte und möglichst objektive Informationen über die Ursachen von Klimaänderungen, ihre Folgen sowie aussichtsreiche Möglichkeiten zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an nicht mehr vermeidbare Folgen dieses Prozesses. Deshalb haben die Weltorganisation für Meteorologie WMO und das UN-Umweltprogramm UNEP 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderung (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) gegründet. In Deutschland wird IPCC häufig als **Weltklimarat** bezeichnet. Alle WMO- und UNEP-Mitgliedstaaten können am IPCC mitwirken. Die Regierungen von mittlerweile 194 Ländern nehmen an den jährlichen IPCC-Vollversammlungen teil, auf denen Beschlüsse über das Arbeitsprogramm gefasst und Berichte verabschiedet werden. Außerdem werden hier der/die Vorsitzende und der Vorstand gewählt. Die Regierungen sind außerdem an der Begutachtung der IPCC-Berichte beteiligt. Koordiniert wird die gesamte Arbeit durch das IPCC-Sekretariat in Genf. Der Weltklimarat IPCC betreibt keine eigenen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und erhebt nicht selbst Klimadaten. Seine Aufgabe besteht darin, die aktuelle wissenschaftliche, technische und sozioökonomische Literatur, die weltweit zu Klimathemen veröffentlicht wird, umfassend, objektiv, offen und transparent zusammenzutragen und zu bewerten. Diese Literatur ist in den letzten Jahren so umfangreich geworden, dass kein einzelnes Institut den Überblick bewahren und die Ergebnisse auswerten könnte. Dies leisten die IPCC-Berichte. 2007 wurde IPCC mit dem **Friedensnobelpreis** ausgezeichnet. Die Berichte sollen möglichst politisch neutral sein, hohen wissenschaftlichen und technischen Maßstäben entsprechen und eine Vielzahl an Auffassungen und Fachkenntnissen sowie eine breite geografische Verteilung widerspiegeln. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachgebiete aus der ganzen Welt wirken als Autoren und Gutachter an der IPCC-Arbeit mit. Zum letzten IPCC-Berichtsentwurf gingen 90.000 Kommentare von **mehr als 2.600 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern** ein. Aus den umfangreichen IPCC-Berichten werden „Summaries for Policy Makers“ (Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger) erarbeitet, in denen die wichtigsten Daten und Trends zusammengefasst werden. Erfahrungsgemäß versuchen verschiedene Regierungen auf die Zusammenfassungen Einfluss zu nehmen, weil diese und nicht die

umfangreichen detaillierten Berichte die **wichtigste Grundlage für die weitere internationale Klimadebatte** bilden.

Neben verschiedenen Berichten zu Einzelthemen erscheinen alle fünf bis sechs Jahre umfangreiche „Sachstandsberichte“. Der letzte dieser Berichte wurde 2007 veröffentlicht, der nächste soll 2013/2014 erscheinen. Die Sachstandsberichte werden von Autorentams und durch Leitautoren koordiniert. Es fließen vor allem wissenschaftlich anerkannte Studien und Aufsätze in die Berichte ein, in manchen Fällen auch „graue Literatur“, also zum Beispiel Berichte von Umweltschutzorganisationen. Die einzelnen Textabschnitte für die Sachstandsberichte werden in einem aufwendigen Prozess von Fachleuten begutachtet. Die IPCC-Arbeit wird in **drei Arbeitsgruppen** gebündelt. Arbeitsgruppe 1 befasst sich mit den „Wissenschaftlichen Grundlagen von Klimaänderung“, Arbeitsgruppe 2 mit „Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeiten“ und Arbeitsgruppe 3 mit der „Verminderung des Klimawandels“. Das Hauptziel der zusätzlich eingerichteten „Projektgruppe für nationale Treibhausgasinventare“ besteht in der Entwicklung und Verfeinerung von Methoden zur Berechnung und Berichterstattung nationaler klimaschädlicher Emissionen.

Die umfangreiche Beteiligung einer Vielzahl von Fachleuten schließt einzelne Fehler nicht aus, wie sich beim Sachstandsbericht 2007 zeigte. Vor allem die Aussage, die Himalajagletscher drohen bis 2035 weitgehend abzuschmelzen, erwies sich als wissenschaftlich nicht haltbar. Dieser und einige weitere vermeintliche oder tatsächliche Fehler in den Berichten lösten 2009 eine kontroverse öffentliche Debatte über die IPCC-Arbeit aus, an der sich auch sogenannte „Klimaskeptiker“ beteiligten, die den globalen Klimawandel insgesamt anzweifeln oder den menschlichen Anteil an dessen Ursachen für gering halten. Vor allem der indische IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri wurde heftig angegriffen, konnte aber seine Position an der Spitze der Organisation verteidigen. Auf Initiative von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon machte eine Experten-Gruppe 2011 detaillierte Vorschläge für eine noch zuverlässigere Vorbereitung der Berichte, Veränderungen in der Arbeit des IPCC-Sekretariats und die Einsetzung eines Exekutivkomitees. Diese Reformen sollen dazu führen, dass der **nächste Sachstandsbericht noch fundierter die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammenfasst** und bewertet.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesumweltministerium haben 1998 die „Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle“ beim „Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ (DLR) in Bonn eingerichtet. Die Koordinierungsstelle leistet Zuarbeit in IPCC-Angelegenheiten für die beiden Ministerien, unterrichtet die deutsche Wissenschaft und die Öffentlichkeit kontinuierlich über die IPCC-Arbeit und unterstützt die deutschen Expertinnen und Experten, die an der IPCC-Arbeit beteiligt sind.

PSI

„Mit erfolgreichen Vorzeigebereichten darüber, wie der Privatsektor sich an den Klimawandel anpassen kann, wollen wir den Ge-



Die Talmauer eines Pumpspeicherkraftwerks in Thüringen. Kraftwerke dieser Art haben zwei Wasserreservoirs auf unterschiedlichem Höhengniveau. Zu Zeiten, in denen regenerative Energiequellen wie Solar- und Windkraftanlagen überschüssigen Strom erzeugen, wird das höhergelegene Wasserbecken aufgefüllt. In stromarmen Zeiten wird dann mittels Wasserkraftturbinen Energie erzeugt.

Foto: Wikipedia / presse03

sellschaften und den Unternehmen helfen, widerstandsfähiger gegenüber Klimaveränderungen zu werden. Ebenso sollen Vorteile und der betriebswirtschaftliche Sinn der Anpassung nachdrücklich auf die Tagesordnung des Privatsektors gesetzt werden.“ So beschreibt Christina Figueres, die Exekutivsekretärin des UN-Klimasekretariats UNFCCC, zentrale Ziele der Privatsektor-Initiative (Private Sector Initiative – PSI). Diese Initiative soll im Rahmen des UN-Klimaengagements zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an nicht mehr zu verhindernde Auswirkungen der Klimaveränderungen beitragen. Die „Privatsektor-Initiative“ ist ein **internationales Unternehmensforum**, um Fragen der klimafreundlichen Produktion und der Anpassung an den Klimawandel zu beraten, von Beispielen zu lernen und Netzwerke aufzubauen. In einer Datenbank werden gelungene Beispiele präsentiert.

Autonome Konventions-Sekretariate

UNCCD

Die „Verwüstung“ großer Trockengebiete auf der Welt wird durch den globalen Klimawandel beschleunigt, und zugleich verstärkt die Zerstörung der Vegetation und der Böden der Trockengebiete den Klimawandel. Deshalb ist die Erhaltung von Trockengebieten ein wichtiger Beitrag zur Begrenzung des globalen Klimawandels und seiner Folgen. Aus dieser Überzeugung heraus engagieren sich die 193 Unterzeichnerstaaten des „Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung“ (United Nations Convention to Combat Desertification – UNCCD) für eine stärkere Verknüpfung der Maßnahmen **gegen die Ausbreitung der Wüsten** mit den Initiativen zum globalen Klimaschutz. UNCCD hat inzwischen vielerorts gezeigt, dass ein natur- und klimafreundlicher Ackerbau möglich ist und dass durch Wiederaufforstungsprogramme nicht nur die Wüstenausbreitung gebremst, sondern auch CO₂ gebunden wird.

UNFCCC

1992 wurde das „Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“ verabschiedet (siehe Kasten UNFCCC) und 1995 das UNFCCC-Sekretariat (oft UN-Klimasekretariat genannt) in Bonn eingerichtet. Es bereitet u. a. Tagungen und Konferenzen vor und organisiert sie, fördert den Informationsaustausch und Technologietransfer und koordiniert die Überprüfung der Verpflichtungen, die die Unterzeichnerstaaten eingegangen sind. Wichtigstes jährliches Ereignis sind die UN-Klimakonferenzen. Außerdem verwaltet das Sekretariat die Zuteilung von Emissionsrechten und überwacht den Emissionshandel. UNFCCC-Exekutivsekretärin ist seit Mitte 2010 Christina Figueres, eine Diplomatin aus Costa Rica, die über langjährige Erfahrungen bei internationalen Klimaverhandlungen verfügt.

Weltbankgruppe

Weltbank

Die 1944 gegründete Weltbank (World Bank) gehört zu den **weltweit größten entwicklungspolitischen Akteuren** und bietet als Gruppe von fünf Organisationen ein breites Spektrum von Darlehen, Zuschüssen, Beteiligungen, Investitionen und Garantien an, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern und damit Armut zu verringern. Einen Schwerpunkt des Weltbank-Engagements im Klimabereich bildet die Unterstützung von Entwicklungsländern, in ihrer Entwicklungsplanung und bei der Verwirklichung einzelner Entwicklungsvorhaben die Auswirkungen des Klimawandels stärker zu berücksichtigen.

Die Weltbank will den Ländern außerdem dabei helfen, ihre CO₂-Emissionen zu senken und gleichzeitig die CO₂-Speicherung zum Beispiel in Wäldern zu erhöhen. In vielen Ländern unterstützt die Weltbank die Nutzung erneuerbarer Energie und die Erhöhung der Energieeffizienz.

UN-Sonderberichterstatter im Klimabereich



Catarina de Albuquerque ist die UN-Sonderberichterstatterin über das Menschenrecht auf einwandfreies Trinkwasser und Sanitärversorgung. Sie nimmt ihr Amt wahr, um weltweit dieses grundlegende Menschenrecht ins Bewusstsein zu bringen und praktische Beispiele dafür bekannter zu machen, wie die Trinkwasserversorgung und sanitäre Versorgung auch in armen Ländern verbessert werden kann. Zu ihren Schwerpunktthemen gehört der Zusammenhang von Klimawandel und dem Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung. In einem Positionspapier betont sie, dass ein verbesserter Umgang mit der Ressource Wasser zu den zentralen Komponenten von Anpassungsstrategien an den Klimawandel gehören sollte.

Olivier De Schutter, der UN-Sonderberichterstatter über das Recht auf Nahrung, warnt immer wieder vor den Folgen des Klimawandels für Landwirtschaft und das Recht auf Nahrung. Anlässlich der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 formulierte er pointiert: „Der Klimawandel ist eine tickende Zeitbombe für die globale Ernährungssicherheit.“ De Schutter hat zu dieser Thematik seither verschiedene Beiträge für internationale Medien verfasst. In einem

Beitrag für die südafrikanische „Sunday Times“ vom 8.12.2011 schrieb er: „Endemische Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte gehören zu den schockierendsten Schwierigkeiten, die durch den Klimawandel entstehen. Und wir sollten in der Tat schockiert sein, wenn dies die Konsequenz unseres Nichthandelns sein sollte.“ De Schutter betont deshalb, dass die Nahrungsmittelkrise die große Dringlichkeit erfolgreicher Klimaverhandlungen deutlich werden lässt.



Einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel kann nach Überzeugung des UN-Sonderberichtstatters eine nachhaltige, ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft leisten. Eine solche Landwirtschaft mit geringen Treibhausgasemissionen erweist sich zugleich als widerstandsfähig gegenüber den nicht mehr zu verhindernden Folgen des globalen Klimawandels. Ohne grundlegende Veränderungen könnten hingegen die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft bis 2030 um 40 Prozent zunehmen, warnte De Schutter 2010. Stattdessen sollten die Synergieeffekte einer nachhaltigen Landwirtschaft für den Kampf gegen den Klimawandel und den Kampf gegen den Hunger genutzt werden.

Weitere Informationen

Literatur

- Bündnis Entwicklung Hilft: Weltrisikobericht 2012
- Bundesumweltministerium: Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Klimawandel und Entwicklung
- Der Klimawandel, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, Kurzfassung
- Econsense: Weltkarte der Klimapolitik
<http://weltkarte-der-klimapolitik.econsense.de/>
- Edenhofer, Ottmar u. a.: Report „Global, aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“, C. H. Beck Verlag, München 2010
- Germanwatch: Globaler Klimawandel
- Germanwatch: Klimaschutz Aktionsheft
- A. Hamann u. a.: Die große Transformation – Kriegen wir die Kurve?, Comic, Verlagshaus Jacoby & Stuart, Berlin 2013
- Klima-Allianz: Energiewendebilanz: Abschalten allein genügt nicht
- Klimawandel, Eine-Welt-Presse, 1/2008, DGVN
- Latif, Mojib: Globale Erwärmung, UTB Verlag, Stuttgart 2012
- Rahmstorf, Stefan und Schellnhuber, Hans Joachim: Der Klimawandel: Diagnose, Prognose, Therapie, C. H. Beck Verlag, München 2012
- Umweltbundesamt: Kipp-Punkte im Klimasystem. Welche Gefahren drohen?
- UNEP/UNFCCC: Leitfaden zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

Internetadressen

Diese Ausgabe der UN-Basis-Informationen erscheint auch als interaktive Onlineversion auf www.dgvn.de/un-basis-informationen/

Sie enthält eine umfangreiche Linksammlung zu UN-Klimaschutzthemen, UN-Organisationen und wichtigen Umweltschutzorganisationen.



Internet-Angebote der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zum Themenbereich Umwelt

- Biodiversität (www.dgvn.de/biodiversitaet.html)
- Internationales Jahr für nachhaltige Energie 2012 (www.dgvn.de/nachhaltigkeit.html)
- Rio+20 (www.dgvn.de/rioplus20.html)
- Wälder und Abholzung (www.dgvn.de/waelder.html)
- Wasser und Abwasser (www.dgvn.de/wasser.html)
- Energiefragen und Treibhausgas (klimawandel-bekaempfen.dgvn.de/energiefragen.html)

Themenportale der DGVN

- menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de
- klimawandel-bekaempfen.dgvn.de
- frieden-sichern.dgvn.de
- menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de

Stand: Juli 2013

Text: Frank Kürschner-Pelkmann

Redaktion: Ulrich Keller, Fritz Finne, Anja Papenfuß

info@dgvn.de | www.dgvn.de

Gesamtgestaltung: adrian.medienundbuch.de

Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier

Diese Publikation erscheint dank finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen braucht Sie als Mitglied.



Für Frieden.
Für Klimaschutz.
Für Menschenrechte.
Für menschliche Entwicklung.
Für mehr Wissen.

WWW.DGVN.DE/MITGLIEDSCHAFT.HTM